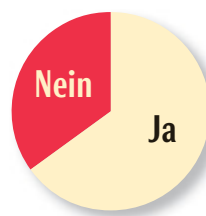


Frage des Tages

Gestern haben wir Sie gefragt:
Nach Arminias Abstieg: Bleiben Sie dem DSC auch in der 3. Liga treu?

So haben Sie abgestimmt:

Ja: 66,3 %
Nein: 33,7 %



Teilnehmer: 450
Die neue Frage: Bielefeld Marketing ist offenbar schon seit Jahren nicht mehr zufrieden mit der Gestaltung des Sparenburgfests. Empfinden Sie das auch so?

Stimmen Sie bei uns im Netz ab!

Ganz fix auch mit dem Smartphone

Die Smartphone-Kamera auf den Bildcode richten und mit Hilfe einer kostenlosen App wie „Scanlife“ oder „Barcoo“ scannen. Automatisch öffnet sich die Frage des Tages auf nw-news.de.

Grüne feiern in der Hechelei

■ **Bielefeld.** Die Bielefelder Grünen feiern den Abschluss des Wahlkampfes am Freitag, 23. Mai, in der Hechelei. Die Bands „Se Bethels“ und „Kozma Orkestar“ treten auf. Einlass ist ab 19.45 Uhr. Mit dabei ist unter anderem der Oberbürgermeisterkandidat der Grünen Klaus Rees.

Spendenlauf für Krebskranke

■ **Bielefeld.** Der 8. Bielefelder Spendenlauf für Krebsbetroffene startet am Sonntag, 25. Mai. Der Verein Viktoria, Treffpunkte für Frauen nach Krebs, organisiert die Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Klinikum Bielefeld. Ab 9 Uhr beginnt die Anmeldung an den Almsporthallen an der Melanchthonstraße. Um 10 Uhr startet der Bambinilauf, der Schülerlauf beginnt um 10.30 Uhr und um 11 Uhr machen sich Läufer, Walker und Wanderer auf den Weg durch die benachbarten Grünanlagen. Weitere Informationen unter: www.laufenfuerdasleben.de

Förderung von Lernspielpädagogik

■ **Bielefeld.** Im Rahmen des Projekts „Lernen durch Spielen“ hat die Rußheideschule eine Spende der Familie-Osthusenrich-Stiftung über 2.000 Euro erhalten. Das ermöglichte den weiteren Ausbau des Spielraums. Das Projekt soll zusammen mit den Werkstattangeboten auf spielerische Weise die Kompetenzen in den Lernbereichen Sprache, Mathematik, Naturwissenschaften, Technik, Motorik und Sozialverhalten fördern.

Erfolgreiches Benefizkonzert

■ **Bielefeld.** Bei dem Benefizkonzert der „Stairway Singers“ für den Verein BellZett – Selbstverteidigungs- und Bewegungszentrum für Frauen und Mädchen e.V., kamen am 30. März 972 Euro zusammen. Das Geld kommt dem Projekt „Starke Frauen“ zugute.



Quartiere sind mehr als nur Häuser: Pit Clausen (v.l.), Norbert Müller, Hans-Jörg Schmidt und Alexander Rychter werben dafür, die Menschen bei der Entwicklung der Stadtviertel mitzunehmen. Das Bühnenbild beim Kongress soll das unterstreichen. FOTOS: ANDREAS ZOBE

Am Tropf der Fördertöpfe

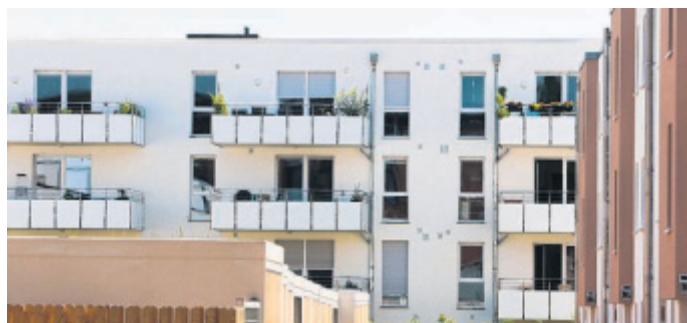
Stadtentwickler entdecken das Quartier wieder / Ministerpräsidentin bei Kongress

VON JOACHIM UTHMANN

■ **Bielefeld.** Vor 50 Jahren bestimmten Fabriken, Schlachthof und Schlote das Bild der östlichen Innenstadt. Heute wachsen hier neue Wohnquartiere wie Ostmannturmviertel und Pauluscarree. Ein erstaunlicher und vorbildlicher Wandel. Und doch ist es nur mit Häusern nicht getan, ist den Stadtentwicklern heute klar. „Wir müssen auch die Menschen mitnehmen“, sagt Oberbürgermeister Pit Clausen. „Wie das gehen könnte, diskutieren zwei Tage lang 250 Experten in der Stadthalle.“

„Das Quartier rückt immer stärker in den Fokus“, begründet Ausrichter und BGW-Geschäftsführer Norbert Müller das Thema des 9. Kongresses „Kooperative Stadtentwicklung“ in Bielefeld. Das Thema „Quartier – Kiez – Veedel“ zeige, dass Stadtteile oder -viertel ein wichtiges Stück Heimat sind, ein Ort, an dem sich Menschen zu Hause fühlen, so Clausen: „Wir sind gut beraten, auf die Quartiere zu gucken.“

„Die Menschen identifizieren sich nicht mit einzelnen Gebäuden, sondern mit ihrem Viertel“, meint Müller. Und dass Stadtentwicklung dort etwas bewegen kann, zeigen Beispiele aus anderen Siedlungen wie Märkisches Viertel in Berlin,



Paulus-Viertel: Hier wächst aus einer Industriebrache ein neues Wohnquartier. Die Kongressteilnehmer besichtigen es als beispielhaft.

Örestaden in Kopenhagen und Katendrecht in Rotterdam, die beim Kongress als positive Beispiele in Vorträgen und Workshops beraten werden.

Eine wichtige Frage bleibt, wie weit die Bürger beteiligt werden können. „Die Regeln sind nicht mehr so einfach wie früher“, sagt Hans-Jörg Schmidt, Vorsitzender der Wohnungswirtschaft OWL: „Die Lebens-

entwürfe der Menschen sind viel unterschiedlicher.“ Da seien mehr Respekt und Kompromisse nötig: „Es ist eine Zukunftsaufgabe, vor Ort die Konflikte zu lösen.“

Dort sind die Bewohner „die geborenen Experten“, betont Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, die über Perspektiven des Städtebaus den Abschlussvortrag am ersten Tag hielt. Sie

wirbt für eine „vorbeugende Politik, die soziale Folgekosten erspart“. Das „Bielefelder Modell“, das Pflegedienste in Quartieren einbezieht, sei vorbildlich. Und Alexander Rychter vom Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft hebt die Wichtigkeit hervor, ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Die Einbeziehung der Bürger ist aber auch ein zweischneidiges Schwert. „Hätten wir am Kesselbrink auf die direkten Anwohner gehört, wäre aus der Asphaltwüste nicht der Platz geworden, über den wir heute jubeln und der zur Attraktion in der Innenstadt geworden ist“, erklärt Clausen: „Wir müssen auch die politische Kraft haben, uns über Widerstand hinwegzusetzen.“ Dass Bürgerprotest im Viertel aber auch hilfreich sein kann, zeigt für Clausen das Beispiel Lindenplatz, den die Stadt recht aufwendig umgestalten wollte. „Hier ist es richtig, sehr gut zuzuhören.“ Denn der Platz würde für die Viertelbewohner umgebaut.

Ideen zur Quartiersentwicklung halten die Experten für wichtig, aber auch mehr Geld. „Wir trauen uns nur noch da, wo es Fördertöpfe gibt“, bedauert Clausen: „Wir hängen am Tropf.“ In den Städten hört man es da gern, dass das Land die Wohnbauförderung um 3,2 Millionen Euro aufgestockt hat.

Bielefeld als heile Welt

■ Auch Bielefeld hat Viertel, in denen sich Probleme häufen. Am Rabenhof in Baumheide sieht Oberbürgermeister Pit Clausen „Handlungsbedarf“ bei Freizeit-, Kultur- und Aufenthaltsqualität. Andererseits warnt BGW-Chef Norbert Müller davor, Stadtteile

zu stigmatisieren. Große Missstände gebe es in Bielefeld nicht: „Hier ist ein Stück heile Welt.“ Das heiße aber nicht, dass man nichts tun müsse. Müller: „Quartiersentwicklung ist eine Daueraufgabe. Kommen Sie hinten an, müssen sie vorn wieder anfangen.“

KOMMUNALWAHL AM 25. MAI

Die Twitter Frage

Frage: Wenn Bielefeld morgen abbrennen würde, was würden Sie retten?

Zehn Parteien und Wählergemeinschaften kandidieren für den Stadtrat. Wofür stehen sie? Wie unterscheiden sie sich in ihren Zielen? Die jungen Wahlreporter der *Neuen Westfälischen* stellen Fragen per Twitter. Die Antworten dürfen dabei nicht länger als 140 Zeichen sein. „Twitter“ ist ein Internetservice, der Kurznachrichten ermöglicht.



■ Die Menschen unserer Stadt. Die Steine können wieder aufgebaut werden.



■ Wir mobilisieren alle Bielefelderinnen und Bielefelder und löschen das Feuer gemeinsam.



■ Nicht flüchten, stattdessen Löschschaum aus Backpulver herstellen und die Stadt retten.



■ Bielefeld ist bereits finanziell abgebrannt. Trotzdem verzichten die anderen auf Mehreinnahmen durch kommunale Gewerbesteuerprüfer.



■ So viele Bielefelder wie möglich! Es wird aber nicht dazu kommen, unsere Feuerwehr ist dafür zu gut.



■ Frei nach Kurt Cobain: Es ist besser abzubrennen, als langsam zu verblässen.



■ Nach den Menschenleben unwiederbringbare Kulturgüter und die Zuversicht auf eine neue Zukunft.



■ Süße Hundewelpen, süße Katzenbabys, süße Fohlen, süße Lämmer, süße Kälber, alle Eichhörnchen und Wombats.



■ Die BBZ werde alles daran setzen, so viele Menschenleben wie möglich zu retten.



■ Keine Antwort.

BRIEFE AN DIE LOKALREDAKTION

Dialog auf Augenhöhe und gegenseitiger Respekt

■ Vor dem Bielefelder WDR-Studio protestierte ein einzelner Demonstrant gegen die angebliche Einseitigkeit deutscher Medien bei ihrer Berichterstattung über die Ukraine („Demo gegen die große Lüge“, NW, 5. Mai 2014). Dazu schreibt Christoph Weber-Schlauss:

Die Aktion des Demonstranten verdient aus meiner Sicht Anerkennung. Es macht den Eindruck, dass sich zahlreiche Leitmedien in den ersten Wochen des „Euro-Maidans“ einseitig auf eine Unterstützung der damaligen Opposition festgelegt hätten und der dann entstandenen politischen Gemengelage in Kiew journalistisch nicht mehr gerecht geworden sind. Sie unterstützten damit die Falken unter den westlichen Politikern, die nichts sehnlicher herbeigewünscht haben als eine Westorientierung der Ukraine, koste es, was es wolle. Der Europapolitiker Elmar Brok (Wahlslogan „Unsere Stimme in Europa“) beispielsweise propagierte bereits im Dezember auf dem Maidan die Westbindung der Ukraine und hielt sich auch während wichtiger Gedenktage, wie dem 70-jährigen Jahrestag der Befreiung Lenins aus der deutschen Belagerung, mit anti-russischen Parolen in Kiew auf.

Seit der blutigen Eskalation fällt ihm nichts anderes ein, als gebetsmühlenartig schärfere Sanktionen gegen Russland zu fordern. Wer gegen diese Politik argumentiert, wird ebenso gebetsmühlenartig als vermeintlicher Putin-Versteher tituliert. Eine kritikwürdige Haltung und die Forderung nach einem Dialog auf Augenhöhe speisen sich aber nicht aus

Sentimentalitäten, sondern entsprechen Erkenntnissen aus Geschichtsunterricht und dem Erleben der letzten 30 Jahre bundesdeutscher und europäischer Entwicklung. Deutschland hat in den Weltkriegen viel Leid über Osteuropa gebracht und steht daher in besonderer Verantwortung. Die Jahrzehnte seit der neuen Ostpolitik Willy Brandts und einem Wandel durch Annäherung waren durch intensive Dialogbereitschaft geprägt, die auch die Wiedervereinigung Deutschlands möglich machte. Dialog auf Augenhöhe und gegenseitiger Respekt vor den Interessen des Gesprächspartners – auch und gerade der russischen Seite – waren dabei wichtige Grundlagen. Brok und andere dagegen machen schlechte Politik, die immer mehr Opfer fordert, die Gefahr eines Bürgerkrieges in der Ukraine und auch größerer militärischer Auseinandersetzungen heraufbeschwört. Sie setzen eine insgesamt fragwürdige und durch Stabilität – inklusive der energiepolitischen – geprägte Zukunft in Europa aufs Spiel. Es wird höchste Zeit, den Falken und Irrläufern in Politik und den Redaktionsstuben etwas entgegenzusetzen und sei es durch eine Ein-Mann-Demonstration.

Christoph Weber-Schlauss
33613 Bielefeld

P.S.: Anmerkung der Redaktion: Die *Neue Westfälische* legt großen Wert auf die Feststellung, eben nicht einseitig, sondern umfassend über die Lage in der Ukraine zu berichten. Eine solche freie Berichterstattung ist in Russland zurzeit nicht möglich.

Die Hörgeschädigten aufs Abstellgleis geschoben

■ Bei der Diskussion im Bielefelder Stadtrat über die finanziellen Zuwendungen der Stadt für das Hörgeschädigtenzentrum berichtete die NW darüber, dass die Debatte für die anwesenden Betroffenen in Gebärdensprache übersetzt wurde („Die Bürger sollen abstimmen“, NW, 21. März 2014). Dazu schreibt Martina Klöppler-Seyfi:

Dazu kann ich nur sagen, gesehen, aber nicht gehört. In Ihrem Bericht war ein Gebärdendolmetscher abgebildet, der die Ratssitzung für Hörgeschädigte dolmetschte. Beim Betrachter weckt dieses in der Öffentlichkeit seltene Bild Aufmerksamkeit für die stumme Kommunikation. – Mehr aber auch nicht.

Hörgeschädigten, von der Schwerhörigkeit bis zur Ertaubung, können jeden treffen, jederzeit und in jedem Alter. Nach vielen Anstrengungen der Betroffenen, mit ihrer Umwelt kommunikatив in Kontakt zu bleiben, müssen sie oft feststellen, dass es aufgrund ihres Hörverlustes zu großen Einschränkungen kommt. Oft folgt daraufhin der soziale Rückzug. Das Hörgeschädigtenzentrum (HGZ) ist für viele Betroffene eine Heimstätte (oft die Einzige) der Begegnung, des Austausches geworden. Es wird von vielen Gruppen (Kinder-, Eltern/Kind-, Jugend- und Erwachsenenengruppen) intensiv genutzt. Das wird nun nicht mehr möglich sein. Der Rat hat es abgelehnt, einen Zuschuss von 11.000 Euro für dieses Jahr für das Haus zu zahlen, mit der Begründung: „es ist kein Geld da“. Das HGZ wird geschlossen werden müssen, weil es für

die Gruppen alleine nicht mehr zu finanzieren ist.

Zukünftig wird jeder Hörgeschädigte wieder allein auf sich gestellt sein. Kinder und Jugendliche, die demnächst durch Inklusion gefordert werden, fehlt der Austausch, der Rückhalt durch die Begegnung mit Gleichgestellten.

Die Politik debattiert über die neue Stadtbahnlinie und die Kosten für eine Bürgerbefragung. Hörgeschädigte werden gesehen – aber nicht gehört. Für sie bleibt nicht mal ein Ort des Zusammentreffens – weil 11.000 Euro zu viel sind. Sie brauchen dann auch keine Bürgerbefragung mehr. Wo sollten sie auch noch hinfahren, wenn das HGZ geschlossen werden muss? Sie werden aufs Abstellgleis geschoben.

Martina Klöppler-Seyfi
33615 Bielefeld

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe (ohne Postbezieher) liegen folgende Prospekte bei:

Unsere Kunden belegen oftmals nur Teilausgaben für ihre Prospekte. Daher kann es vorkommen, dass Sie heute einen oder mehrere der genannten Prospekte nicht vorfinden. Weitere Fragen beantworten wir Ihnen gerne! Telefon (05 21) 5 55-6 26 oder Fax (05 21) 5 55-6 31

